Nr. 72
auf Kredit!
Möbel
Zimmer
Sachs
Neumarkt 11
gegen bar!

Nr. 72 2. Ausgabe

Sonntag, 14. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise
Grundzeile, 32 mm breit, M. 1.40, für das Ausland M. 12.—. Reklamezeile, 92 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—. Bei Ziffern- oder Auskunft 10 v. H. für das Ausland M. 20.—. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 50 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 526, 13 636, 13 587, 17 109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Reichsregierung und Nationalversammlung in Stuttgart

Reichspräsident und Reichsminister auf der Durchreise in Dresden — Eine scharfe Note der Entente — Ein Erlaß des Generals Maercker — Die Regierung Kapp überall abgelehnt

Die Lage

In Berlin hat sich das äußere Bild während des Tages, wie aus unseren Berichten hervorgeht, kaum verändert. Der Parole des Generalstreiks ist keine Folge gegeben worden und die Funktionäre der S. P. D. werden erst heute abend über ihre weiteren Schritte und Vorschläge beschließen. Auch über die Entschließung der Unabhängigen ist bisher Zuverlässiges nicht bekanntgeworden, vielmehr ist anzunehmen, daß sie sich zunächst abwartend verhalten.

In Kreisen, die man einigermaßen optimistisch nennen darf, glaubt man, daß der militärische Aufstand mit der Bildung einer Koalitionsregierung endigen werde. Ob sich diese Hoffnung bewahrheiten wird, steht dahin. An und für sich ist der Gedanke jedenfalls nicht ganz von der Hand zu weisen, schon deshalb, weil der Führer der Deutschen Volkspartei, der frühere sächsische Justizminister Dr. Heinze, heute nach Dresden gefahren war, um sich dort den Mitgliedern der Reichsregierung, die von Berlin nach Dresden gereist sind, zur Verfügung zu stellen. Diese Loyalität und das Festhalten des Führers der Deutschen Volkspartei an der Reichsverfassung und die Anerkennung der daraus hervorgegangenen Regierungsautorität lassen zweifellos zum mindesten einen Vermittlungsweg zur Deutschen Volkspartei, zugleich aber auch erkennen, daß diese Partei nicht irgendwie in Beziehungen zu den Berliner Geschehnissen steht, von denen sie ebenso überrascht worden ist, wie die Regierung selbst und die andern Parteien.

Nach Meldungen von zuverlässiger Seite muß es sogar zweifelhaft scheinen, ob außer einzelnen insbesondere die früheren Mitglieder der konservativen Partei, die jetzt der Deutschnationalen Volkspartei angehören, um die Dinge gewußt haben oder damit einverstanden sind. Die älteren und erfahrenen konservativen Politiker sind sich offenbar nicht im unklaren über die ungeheure Gefahr, die durch die Berliner Militärdiktatur heraufbeschworen worden ist. Diese Gefahr ist um so größer, als, wie wir von durchaus zuverlässiger Seite aus Berlin erfahren, erst gestern eine sehr scharfe Note der Entente bei der Reichsregierung eingegangen ist, in der diese aufgefordert wird, unbedingt dafür zu sorgen, daß die militärischen Umtriebe und Versuche, das alte Regime wiederherzustellen, in energischster Weise unterdrückt würden, widrigenfalls man daraus die sich durch den Friedensvertrag ergebenden Folgen in Deutschland zu erwarten habe. Das kann nicht mißverstanden werden und bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß wir bei dem Fortbestehen der durch die Berliner Vorkommnisse geschaffenen Zustände mit dem Einmarsch der Ententetruppen in Deutschland, insbesondere in die Großstädte zu rechnen haben.

Wir haben bereits gestern darauf hingewiesen, welche unabsehbaren Gefahren für die Volksernährung die Berliner Vorgänge in sich bergen. Diese Folgen werden für Sachsen am verhängnisvollsten sein, das auf die Nahrungsmittelzufuhren und deren ununterbrochene Ankunft angewiesen ist wie kein andres Land, weil es so gut wie gar kein landwirtschaftliches Hinterland hat, aus dem es auch nur vorübergehend bei einer Unterbrechung irgendwie annähernd versorgt werden könnte.

Die von uns vorausgesagte Wirkung auf die Valuta, die sich in den letzten Tagen so bemerkenswert für Deutschland verbessert hatte, ist bereits eingetreten. Die Mark ist bereits für Holland wieder um nicht weniger als 400 Punkte gesunken. Was das bei unserm Wirtschaftsabkommen mit Holland zu bedeuten hat, liegt auf der Hand. Es zeigt sich eben auch hier wieder, daß wir vor allem Ruhe, Vertrauen des Auslandes und Arbeit brauchen. Die Ruhe und das Vertrauen des Auslandes sind durch die Vorkommnisse auf das schwerste erschüttert. Und wenn die zweischneidige Waffe des Generalstreiks zur Anwendung kommt, so hört ja die Arbeit wie die Lebensmittelversorgung überhaupt auf und wir sind am Ende. Daraus ergibt sich alles weitere von selbst. Man kann nur feststellen, daß die Arbeiterführer sich bisher mit größter Besonnenheit benommen haben, ebenso wie die Arbeiter selbst. Wenn sie nicht gleich zu der Waffe des Generalstreiks gegriffen haben, so mag dabei zweifellos die Erwägung mitwirken, daß ein Generalstreik die Hungergefahr in nächste Nähe rückt und außerdem auch große Teile des freiheitlich gesinnten Bürgertums durch die Not weiter von ihnen entfernt, als es für die Gesamtheit des deutschen Volkes gut sein kann, und daß schließlich keine Regierung sich zu halten vermag, in der nicht die Vertreter der Arbeiter ausreichend vertreten sind.

Es gilt, allen diesen Gefahren gegenüber weiterhin die Ruhe zu bewahren. Die nächsten Tage werden zweifellos Entscheidungen bringen, da ja die Nationalversammlung von der württembergischen Regierung eingeladen worden ist, in Stuttgart zu tagen und dort am Dienstag zusammentreten wird. Auch die sämtlichen Reichsminister, zu denen Erzberger nicht mehr gehört, der seine nachgesuchte Entlassung inzwischen erhalten hat, sind von Dresden unterwegs nach Stuttgart. In dieser Beziehung erinnern die äußeren Verhältnisse also ein wenig an die Zeiten, da die bayrische Regierung während der Rätediktatur in München auswärts tagte. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß es bei dieser Aehnlichkeit bleibt, daß es nicht zu den Schrecknissen eines Bürgerkrieges kommt in dem armen, seit vielen Jahren bitter heimgesuchten deutschen Volke, und daß ein für alle Besonnenen gangbarer Ausweg aus diesem neuen Wirrwarr [illegible]

Ein Aufruf der Regierung Ebert

An das deutsche Volk!

Durch einen wahnwitzigen Handstreich sind die Regierungsgebäude Berlins in die Hand von Aufrührern gelangt. Keine politische Partei, kein Mann von besonderer Denkungsart steht hinter diesen Vorgängen. Jedermann mißbilligt sie. Nachdem sich die in Döberitz einquartierten zur Entlassung bestimmten Truppen, namentlich die aus dem Baltikum, hinter diesen Akt der Tollheit gestellt haben, hat die Regierung, um ein Blutbad zu vermeiden und das Leben der an Zahl geringeren in Berlin befindlichen regulären Truppen zu schonen, Berlin verlassen, denn Blut ist seit 1914 genug geflossen, und dieses Abenteuer wird in wenigen Tagen an seiner inneren Unmöglichkeit zusammenbrechen.

Die Regierung hat ihren Sitz nach Dresden verlegt. Jeder bleibt an den Gehorsam gegen die verfassungsmäßige Regierung gebunden. Nur sie kann Befehle erteilen und Zahlungsanweisungen ausstellen. Jede Anordnung einer andern Stelle ist rechtsungültig.

Die Soldaten der Reichswehr haben die Verfassung zu schützen, dem Reichspräsidenten und der Regierung zu dienen und gehorsam zu sein. Den Eidesbruch einer Anzahl Offiziere nachzuahmen, verbietet ihnen Pflicht und Recht.

Die Auflösung der Nationalversammlung ist verfassungswidrig. Der Präsident der Nationalversammlung ist ersucht, die Nationalversammlung alsbald wiedereinzuberufen.

Nur eine auf die Verfassung begründete Regierung vermag Deutschland davor zu bewahren, daß es in Nacht und Blut versinkt. Wenn Deutschland von einem Putsch zum andern geführt wird, so ist es verloren. Eine auf dem Gewaltakt weniger beruhende Regierung entbehrt der Autorität im Inlande und im Auslande. Das Volk wird verhungern, wenn neue Wirren die Wirtschaft und den Verkehr unterbinden und das Vertrauen des Auslandes, das sich nur eine verfassungsmäßige Regierung erwirbt, untergraben. Ungeheure Gefahren nach innen und außen stehen bevor, wenn das Volk die Besonnenheit verliert.

Deutsches Volk, schare dich um deine verfassungsmäßige Regierung!

Dresden, 13. März 1920.

Reichspräsident Ebert
Die Reichsregierung:
Bauer, Noske, Giesberts, Müller, Koch, Geßler.

*

N. Dresden, 13. März. Folgendes Telegramm ist an die Regierungen sämtlicher Länder gerichtet worden:

Putschversuche gewissenloser Abenteurer, hinter denen kein ernsthafter Politiker steht, hat die Regierung veranlaßt, zwecks Vermeidung von Blutvergießen Berlin zu verlassen. Die verfassungsmäßige Regierung hat ihren Sitz in Dresden und ist die einzige, die das Chaos verhindern kann. Wir ersuchen, den dienstlichen Verkehr mit uns aufrechtzuerhalten und alle Beziehungen zu den Staatsstreichlern in Berlin abzulehnen.

Der Reichspräsident: Ebert.
Die Reichsregierung: Bauer, Müller, Giesberts, Noske, Koch, Geßler.

*

Einberufung der Nationalversammlung

(N.) Dresden, 13. März. Präsident Fehrenbach hat die Nationalversammlung auf Dienstag den 16. März nach Stuttgart einberufen.

*

Eine Kundgebung des General Maercker

Der Befehlshaber der Reichswehrtruppen in Sachsen erläßt folgende Bekanntmachung:

Ich richte an die Bevölkerung der zum Wehrkreis IV gehörenden Gebiete, gleichviel, wie sie sich politisch zu den neuen Ereignissen im Reich stellen, die dringende Bitte, das Wirtschaftsleben nicht durch Streiks oder Tumulte irgendwelcher Art zu stören. Der in der Presse erschienene Aufruf zum Generalstreik, unterschrieben Ebert, Bauer, Noske usw., ist nach mir gewordener Mitteilung der Unterzeichneten unrichtig.

Es kommt darauf an, die überraschende Regierungskrise besonnen zu überwinden.

Pflichtgemäß werde ich alle Versuche, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, oder lebenswichtige Betriebe lahmzulegen, mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln verhindern.

Dresden, 13. März 1920.

Der Befehlshaber:
gez. Maercker, Generalmajor.

*

Der Aufruf, der hier als unrichtig bezeichnet wird, ist auf dem üblichen Wege durch das offizielle Depeschenbureau an die Presse gelangt, der man noch dieser Bekanntmachung nun eine Erklärung schuldig ist.

Eine scharfe Note der Entente

+ Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir zuverlässig erfahren, ist Freitag noch eine neue scharfe Note aus Paris an die Reichsregierung gelangt, worin diese aufgefordert wird, endlich mit dem dem Friedensvertrag und allen Versicherungen deutscher Loyalität widersprechenden Unwesen gewisser militärischer Kreise aufzuräumen, widrigenfalls die alliierten Regierungen genötigt seien, die im Friedensvertrag für den Fall solcher den Weltfrieden aufs neue bedrohenden Gefahren alle gegebenen Machtmittel anzuwenden.

*

Die Entente ist mißtrauisch

+ Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht.) In den Kreisen der Berliner Ententemissionen hat der Umsturz größte Bestürzung hervorgerufen. Von französischer Seite wurde erklärt, man habe von dem Plan bereits Kenntnis gehabt und ihn schon vor einigen Tagen nach Paris telegraphiert. Die französische Regierung nehme eine abwartende Haltung ein. Die Erklärung der Regierung Kapp, daß sie den Friedensvertrag loyal erfüllen werde, wird mißtrauisch entgegengenommen. Ehe die neue Regierung nicht international anerkannt ist, werden alle von ihr gegebenen Zusicherungen als nicht verbürgt angesehen, zumal die Anerkennung zweifelhaft erscheine.

*

Die Berliner Zeitungen verboten

× Berlin, 13. März. Das Erscheinen der Zeitungen ist bis Sonntag abend verboten, weil wichtige Verhandlungen mit Arbeitervertretern schweben, die durch vorzeitige Veröffentlichungen gestört würden. Dem Wiedererscheinen der Zeitungen am Montag steht nichts im Wege. Das Ergebnis der Verhandlungen wird Montag früh bekanntgegeben.

Die Reichskanzlei: gez. v. Falkenhausen.

*

Verhaftung von Regierungsmitgliedern

+ Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht.) Die preußischen Minister Hirsch, Haenisch, Schiffer und Heine sind in Schutzhaft genommen worden, ebenso soll Ministerialdirektor Ulrich Rauscher in Schutzhaft genommen worden sein.

*

Der neue Militärbefehlshaber

× Berlin, 13. März. Der Reichswehrminister Freiherr v. Lüttwitz erläßt folgende zwei Verordnungen:

1. Ich übernehme persönlich die ausübende Gewalt für Berlin und die Mark Brandenburg. Alle vom Reichswehrminister Noske auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 13. Januar erlassenen Verfügungen bleiben in Kraft.

Der Reichswehrminister
Freiherr v. Lüttwitz, General der Infanterie.

2. Die Verordnung vom 13. Januar 1920 betreffend die Verhängung des Ausnahmezustandes wird aufrechterhalten. Sie wird ausgedehnt auf die davon noch nicht betroffenen Teile des Reichsgebietes. Der über den Freistaat Sachsen bisher bestandene Belagerungszustand wird gleichzeitig aufgehoben. Der Militärbefehlshaber der der neugebildeten Regierung unterstehenden Truppen wird mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen beauftragt.

Berlin, den 13. März 1920.
Der Militäroberbefehlshaber v. Lüttwitz.

*

Erzberger zurückgetreten

St. K. Dresden, 13. März. Reichsfinanzminister Erzberger hat am Freitag den 12. März dem Reichspräsidenten sein Entlassungsgesuch vorgelegt, das dieser am gleichen Tage genehmigt hat.

*

v. Jagow als gegenrevolutionärer Minister

+ Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht.) Der frühere Botschafter in Rom, Herr v. Jagow, und der ehemalige Berliner Polizeipräsident gleichen Namens sollen auch in das neue Kabinett eintreten, ersterer als Minister des Aeußern, letzterer als Minister des Innern.

*

Angebliche Beschlüsse des Reichsrates

+ Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie verlautet, geht die Meinung des Reichsrates dahin, daß Reichspräsident Ebert auf seinem Posten zu bleiben habe, ferner daß die Finanz- und Steuerhoheit der Länder auf föderativer Grundlage wiederherzustellen sei.

*

Eine Kundgebung des Reichsbürgerrates

× Berlin, 13. März. Der Reichsbürgerrat hat folgende Kundgebung an alle Landesbürgerräte gerichtet:

Ueber den Ursprung und die Entwicklung der gegenwärtigen Lage können erst die nächsten Tage und Wochen Klarheit bringen. Unter allen Umständen fordert der Reichsbürgerrat: Verhinderung jeder einseitigen Klassen- oder Parteiherrschaft, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, Vermeidung jedes Blutvergießens. Sollte ein Regierungswechsel eintreten, so halten wir für dringend erforderlich sofortiges Ausschreiben von Neuwahlen zu einem bestimmt angegebenen baldmöglichsten Zeitpunkte, Wahl eines Reichspräsidenten durch das gesamte Volk, Beobachtung der Verfassung. Der Reichsbürgerrat fordert alle Volksgenossen auf, sich lediglich von diesen Gesichtspunkten, die das Wohl der Gesamtheit bedeuten, in ihrem Urteile und Handeln leiten zu lassen.

Eine Unterredung mit Reichsminister Koch

Ein Mitglied unsrer Redaktion hatte heute Gelegenheit, mit den verschiedenen in Dresden anwesenden Reichsministern zu sprechen, die hier ihre weiteren Schritte beraten haben, ehe sie wieder von Dresden abreisten. Die ausgedehnten Beratungen vollzogen sich in größter Ruhe, Zuversicht und Einigkeit. Der Reichsminister des Innern Dr. Koch beurteilt, ohne die Gefahren der Berliner Vorgänge im geringsten zu verkennen, die Lage durchaus zuversichtlich.

„Die treuen Truppen", sagte der Minister, „die sich in Berlin befanden, haben sich ergeben müssen, zumal es auch der Wunsch der Reichsregierung war, daß Blutvergießen unterbleibe. Die Döberitzer Truppen waren zudem viel stärker, ca. 6000 Mann, und es ist", so führte der Minister weiter aus, „für die ganzen Vorgänge und diejenigen, die sie inszeniert haben, bezeichnend, daß Berlin zur Zeit von Truppen der Reichsregierung fast entblößt war, weil gerade die Notschreie aus Ostpreußen, aus den Reihen der Freunde des Herrn Kapp, die Reichsregierung veranlaßt hatten, viele Berliner Truppen an die Reichsgrenze nach Osten zum Schutze Ostpreußens zu schicken. Solange die Regierung gemäß dem Friedensvertrag nur ein kleines Söldnerheer unterhalten kann, hat sie kein Mittel, solche Vorkommnisse zu vermeiden. Ich habe vor Monaten schon gesagt, man kann vielleicht vorübergehend die Regierung in Berlin aus dem Sattel heben, aber keine neue bilden. Denn Autorität hat nur die Regierung, die aus dem Willen des vom ganzen Volke gewählten Parlaments hervorgegangen ist. Nun haben uns die Herren, die in Berlin ihre Kundgebungen erlassen, erklärt, es handle sich für sie darum, die richtigen Fachleute in die richtigen Ministerien zu bringen. Wo sind sie? Bis jetzt ist in dem Berliner Kabinett des Herrn Kapp

kein ernsthafter Politiker oder Fachmann

zu sehen, sondern lauter Leute, die sich durch extravagante Anschauungen hervorgetan haben. Ein Mann wie

Graf Posadowsky

von der Deutschnationalen Volkspartei, den man aufforderte, hat eine Beteiligung an diesem Kabinett weit von sich gewiesen, und der Führer der Deutschen Volkspartei,

Staatsminister a. D. Dr. Heinze,

ist nach Dresden gekommen, um sich der alten, aus den Volkswahlen hervorgegangenen ordnungsmäßigen Reichsregierung zur Verfügung zu stellen."

Auf die Frage, wie sich denn die Regierungen der Länder zu den Berliner Vorfällen verhalten, antwortete der Minister: „Ich halte

die Verbindung mit den Regierungen sämtlicher Länder aufrecht

und habe ebenso auch mit den Oberpräsidenten der preußischen Provinzen bereits sprechen können. Die württembergische Regierung hat die Nationalversammlung aufgefordert, bei ihr zu Gast zu sein und so ergibt es sich von selbst, daß auch die Reichsregierung sich zunächst nach Stuttgart begibt, wo

von Dienstag an die Nationalversammlung tagen

wird. Die württembergischen Truppen und ihre Führer haben ein Treugelöbnis zur alten Regierung abgelegt.

Ich bin fest überzeugt, daß das Berliner Unternehmen in sich selbst nach kurzer Zeit zusammenbrechen muß, aber

furchtbar wird der Schaden sein,

den es anrichten wird. Das Verkehrs- und Wirtschaftsleben wird in gefährlichster Weise gestört, die deutsche Valuta, die in den letzten Tagen so kräftig gestiegen war, sinkt rapid, die Auslandskredite, die Holland der deutschen Regierung zur Beschaffung der unumgänglich notwendig werdenden Lebensmittel zugesagt hatte, sind durch den militärischen Putsch in Berlin auf das höchste gefährdet, die Arbeit von Monaten ist leichtsinnig vernichtet.

„Ist es nicht charakteristisch", fuhr der Minister fort, „daß mir und einer Reihe meiner Kollegen noch in Dresden im Auftrage der Führer des Berliner Aufruhres durch General Maercker der Vorschlag übermittelt worden ist, in ihr Kabinett einzutreten. Wir hätten, meinten die Herren, ruhig in Berlin bleiben und uns an der Kabinettsbildung unter ihrer Führung beteiligen können. Ich muß sagen, daß mir unsre Pflichten gegen das deutsche Volk und die Reichsverfassung, auf die wir vereidigt sind, denn doch so ansehen, daß uns diese Zumutung in dieser ernsten Stunde fast ein Lächeln abringt.

Wir lassen den Mut nicht sinken

und werden auch diese Fährlichkeit überwinden. Das deutsche Volk braucht Ruhe und abermals Ruhe, die ihm durch Abenteuer nicht gegeben werden können. In meiner Antrittsrede als Minister habe ich gesagt, man kann einen Baum, der noch so jung ist, wie das neue Deutsche Reich, leicht rütteln und schütteln, das wird dem Wachstum des Baumes sicher Schaden zufügen, aber ebenso sicher ist, daß durch eine solche Arbeit dem keine Früchte in den Schoß fallen, der Ruhe und Wachstum des Baumes in dieser Weise stört. Und für Ruhe und Wachstum werden wir unentwegt weiterarbeiten."

Ein Weg zu einer Koalitionsregierung?

Von sehr beachtenswerter Seite wird uns zu den Berliner Vorgängen von dort mitgeteilt, daß man in früheren linksnationalliberalen Kreisen den Gedanken erwäge, ob nicht tatsächlich durch ein Koalitionsministerium von wirklichen und starken Kapazitäten Einigkeit und Ruhe wiederherzustellen sei, insbesondere nachdem der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Heinze so deutlich abgerückt sei von der Berliner Unternehmung.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920031402/1